

A N T W O R T

zu der Anfrage

der Abgeordneten Barbara Spaniol (DIE LINKE.)

betr. Digitalisierung des Radios

Vorbemerkung der Fragestellerin:

„In Deutschland wird die Abschaltung der UKW-Hörfunkwellen und die Umstellung auf das digitale DAB+ vorbereitet. Das Deutschlandradio setzt dabei auf eine UKW-Abschaltung im Jahr 2025. Noch ist aber unklar, ob es einen verbindlichen Abschalt-Termin geben wird, wie die Umstellung vonstattengehen soll und welche Auswirkungen dies für Verbraucher und Sender haben wird. Denn nach wie vor ist die Radio-Verbreitung über UKW die mit Abstand am meisten genutzte Empfangsart für Radioprogramme in Deutschland. Laut Digitalisierungsbericht 2014 der Medienanstalten nutzen rund 94 Prozent der Deutschen ab 14 Jahren analoges Radio, rund ein Drittel nutzt zumindest auch Internetradio. Digitalradio erreicht dagegen nur knapp acht Prozent der Deutschen. Über 95 Prozent der Empfangsgeräte sind analog, nur 3,3 Prozent der Haushalte verfügen über einen DAB-Empfänger. In Autos gehört DAB+ selten zur Serienausstattung. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die Industrie auf eine UKW-Abschaltung drängt, denn durch die Umstellung kann sie viele neue Geräte verkaufen. Weil die Sendernetze für DAB+ noch nicht vollständig ausgebaut sind, gibt es zudem vor allem in ländlichen Gebieten Versorgungslücken. Eine Umstellung ist auch für die Radiosender mit erheblichen Kosten verbunden, die vor allem kleinere Sender kaum leisten können, wie der Direktor der britischen Regulierungsbehörde OFCOM, Peter Davies, bestätigt: DAB ist für nationale und regionale Radiostationen erfolgreich, aber diese Technologie ist für kleine Stationen zu teuer und nicht flexibel genug.“

Vorbemerkung der Landesregierung:

Das in Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland verankerte Grundrecht der Rundfunkfreiheit verlangt vom Gesetzgeber die Ausgestaltung einer Rundfunkordnung, in der die Vielfalt der bestehenden Meinungen in möglichstster Breite und Vollständigkeit Ausdruck findet. Dem Rundfunk kommt wegen seiner Breitenwirkung, Aktualität und Suggestivkraft eine herausgehobene Bedeutung unter den Medien zu. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Rundfunkordnung konkret gesetzlich auszugestalten; das heißt, er hat einen gesetzlichen Rahmen zu gestalten, der tatsächlich ein Mindestmaß an medialer Grundversorgung gewährleistet. Ein „Laissez-faire“ oder das bloße Vertrauen auf die „unsichtbare Hand des Marktes“ ist nicht ausreichend. Dieser verfassungsrechtliche Gestaltungsauftrag verlangt daher auch die Sorge der Medienpolitik um die wirtschaftlichen, technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des privaten Rundfunks. Aus diesem Grund ist der Gesetzgeber gehalten, bei der gesetzlichen Ausgestaltung unserer dualen Rundfunkordnung einen Rahmen zu schaffen, der es dem privaten Rundfunk ermöglicht, seinen Beitrag zur Medienvielfalt in Deutschland zu leisten.

Ein ganz maßgeblicher Faktor, den die Landesregierung bei dieser medienrechtlichen Ausgestaltung der dualen Rundfunkordnung berücksichtigt, ist die Entwicklung der Mediennutzung der Bevölkerung. Diesbezüglich ist darauf hinzuweisen, dass der Umstieg auf die digitale Verbreitung im Bereich terrestrisches Fernsehen (DVB-T), im Bereich Satellitenverbreitung (DVB-S) und im Bereich Kabel (DVB-C) in weiten Teilen marktgetrieben, d.h. aufgrund der entsprechenden Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher bzw. der Zuschauerinnen und Zuschauer gelungen ist. Anders verhält es sich hingegen beim Hörfunk: Radioprogramme werden in Deutschland nach wie vor am meisten über die analoge Verbreitung via UKW genutzt. Wie aus dem Digitalisierungsbericht 2015 der Medienanstalten hervorgeht, nutzen in Deutschland knapp 93 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren analoges Radio, auf Rang 2 folgt Internetradio, das von knapp 30 Prozent in Deutschland – zumindest auch – genutzt wird. Radio über Satellit und Kabel werden von rund 15 Prozent der Bevölkerung genutzt, während Digitalradio nur 10 Prozent der Bevölkerung erreicht.

Wie steht die Landesregierung zu einem festen UKW-Abschalttermin?

Zu Frage 1:

Die Landesregierung lehnt einen festen UKW-Abschalttermin ab. Ergänzend verweist die Landesregierung auf die Begründung des Entwurfs der Landesregierung zur vorgeschlagenen Änderung von § 21 Abs. 9 SMG (LT-Drs. 15/1508, S. 45): „Im Hinblick auf die bislang noch zu geringe Nutzung und Verbreitung von DAB-Geräten wird das bisherige Abschaltdatum von UKW in Absatz 9 gestrichen. [...] Die Entwicklung der Digitalisierung des terrestrischen Hörfunks wird künftig von dem neuen, alle drei Jahre von der LMS zu erstattenden Bericht zur Entwicklung der Medienvielfalt (vgl. § 69 Absatz 3) dargestellt.“

Ab wann könnte aus Sicht der Landesregierung die Umstellung auf Digital-Radio im Saarland soweit gediehen sein, dass die UKW-Frequenzen abgeschaltet werden könnten?

Zu Frage 2:

Die Landesregierung unterstützt den Ansatz von ARD und Landesmedienanstalten, den Umstellungsprozess an Kriterien wie dem Grad der Flächenabdeckung (mobile outdoor) mit DAB+-Multiplexen, dem Grad des erreichten programmlichen Mehrwerts gegenüber dem derzeitigen Programmangebot über UKW, der Anzahl verkaufter Hörfunkempfängergeräte, die DAB+-tauglich sind, und dem Grad der tatsächlichen Nutzung von DAB+ - Angeboten zu orientieren. Solch eine, an der tatsächlichen Gewährleistung einer medialen Grundversorgung im Saarland ausgerichtete Vorgehensweise schließt jedwede zeitliche Vorfestlegung auf einen UKW-Abschalttermin aus.

Wie kann aus Sicht der Landesregierung der Erhalt der Vielfalt der Radiosender und -programme im Land nach einer UKW-Abschaltung sichergestellt werden?

Zu Frage 3:

Die Landesregierung geht davon aus, dass ein Übergang zu einer Digitalradio-Versorgung nicht mit einem Weniger, sondern einem Mehr an Vielfalt verbunden ist.

Wie viele Saarländer werden im Zuge der Digitalisierung des Hörfunks wie viele neue DAB-Geräte anschaffen müssen und wie teuer wird dies für die Verbraucher im Schnitt?

Zu Frage 4:

Im Hinblick darauf, dass der Zeitpunkt für einen vollständigen Umstieg auf die digital-terrestrische Hörfunkverbreitung noch nicht feststeht, lassen sich diese Angaben nicht seriös prognostizieren.

Wie teuer wird die Umstellung für die Radiosender im Saarland?

Zu Frage 5:

Der Saarländische Rundfunk (SR) wird von 2015 bis einschließlich 2020 ca. 1,5 Mio. EUR für den vollständigen Senderausbau der DAB+-Versorgung im Saarland aufwenden. Bis Ende 2020 wird mit diesem Ausbau ein Versorgungsgrad von mehr als 99 Prozent der Fläche (portable outdoor) erreicht.

Im Hinblick auf die privaten Hörfunkanbieter im Saarland wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Wie fördert das Saarland die Digitalisierung der Radioprogramme?

Zu Frage 6:

Die Landesregierung beabsichtigt, den Prozess der Digitalisierung der Radioprogramme durch die vorgeschlagene Ergänzung von § 52 Absatz 4 SMG zu befördern, wonach der Medienrat der Landesmedienanstalt Saarland (LMS) bei der Vergabe terrestrischer Übertragungskapazitäten an private Hörfunkveranstalter berücksichtigen kann, inwieweit Antragstellerinnen oder Antragsteller bereit sind, ihre jeweiligen Programme auch in digitaler terrestrischer Technik zu verbreiten.

Die Digitalisierung des Hörfunks wird darüber hinaus seit Jahren durch den Direktor der LMS, der auch Mitglied im Digitalradio-Board des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur ist, federführend für die Landesmedienanstalten befördert.

Der SR fördert die Marktdurchdringung von DAB+ durch den zügigen Netzausbau und durch zusätzliche Angebote in seinem DAB-Multiplex, die über UKW nicht zu empfangen sind (Antenne Saar, KiRaKa). Zur Finanzierung des weiteren Ausbaus bis 2020 hat der SR gemeinsam mit den übrigen ARD-Anstalten bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (KEF) entsprechende finanzielle Mittel für die Digitalisierung des Hörfunks beantragt.

Was spricht aus Sicht der Landesregierung gegen eine Weiterführung des UKW-Empfangs, der immerhin von 94 Prozent der Deutschen genutzt wird?

Zu Frage 7:

Derzeit spricht nichts gegen eine Weiterführung des UKW-Empfangs. Die Landesregierung weist jedoch darauf hin, dass perspektivisch eine technische Weiterentwicklung des Hörfunks ohne eine zumindest mittelfristige Digitalisierung nur schwer möglich erscheint und ein bedingungsloses Festhalten an der analogen Hörfunkverbreitung insofern einem Entwicklungsmoratorium gleich kommen kann. Schon im Hinblick auf die vom Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung hervorgehobene Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist die Landesregierung daher aufgefordert, technische Entwicklungen wie beispielsweise die Digitalisierung des Hörfunks und neue Übertragungstechniken wie beispielsweise DAB+ im Blick zu behalten.

Ergänzend weist die Landesregierung darauf hin, dass die digitale Hörfunkverbreitung gegenüber der analogen Verbreitung eine Vielzahl von Vorteilen hat, angefangen bei einer größeren Programmvierfalt, einer besseren Frequenz- und Energieeffizienz bis hin zur möglichen Übertragung von Zusatzdaten (Grafiken, Texte und interaktive Serviceleistungen) und – auf der wirtschaftlichen Seite – deutlich geringeren Distributionskosten pro Programm.

Der Mittelwellensender Heusweiler wird bis zum Jahresende abgeschaltet. Damit entfällt für viele - vornehmlich ältere - saarländische Mitbürgerinnen und Mitbürger die Möglichkeit, Landtagsdebatten über „Antenne Saar“ live mitverfolgen zu können, da sie aus vielfältigen Gründen nicht über einen moderneren Medienzugang verfügen.

Wie soll dieses Informationsdefizit in denjenigen Regionen, in denen „Antenne Saar“ nicht über UKW empfangbar ist, künftig kompensiert werden?

Zu Frage 8:

Die Landesregierung sieht hier kein Informationsdefizit. Nach der Abschaltung der Mittelwellenfrequenz 1179 kHz kann das Programm „Antenne Saar“ im Saarland weiterhin über DAB+ und Internet-Streaming („webradio“) empfangen werden. DAB+-Radios sind inzwischen zu günstigen Preisen in allen Geräte-kategorien erhältlich. Über DAB wird „Antenne Saar“ bereits seit dem Jahr 2005 verbreitet.

Ergänzend weist die Landesregierung darauf hin, dass die Verbreitung von Hörfunkangeboten über Mittelwelle oder über Langwelle mit erheblichen Nachteilen verbunden ist, etwa jenen, dass kein Stereoempfang möglich ist, das Signal oft durch Störgeräusche beeinträchtigt wird und insbesondere die Reichweite stark von der Tageszeit abhängig ist. Die meisten Hörer in Deutschland bevorzugen daher den UKW-Empfang und – in zunehmendem Maß – das Digitalradio DAB+. Daraus resultieren mittlerweile sehr geringe Hörerzahlen der Lang- und Mittelwellensender, denen allerdings ein unverhältnismäßig hoher Kostenanteil gegenüber steht. Diese hohen Kosten begründen sich unter anderem durch den sehr hohen Energieverbrauch dieser Sender und dem Instandhaltungsaufwand, dieser in der Regel weiträumigen Senderinfrastrukturen und hohen Sendemasten. Aus diesem Grund hat die KEF bereits in ihrem 18. Bericht im Dezember 2011 die Einstellung der Lang- und Mittelwellenverbreitung gefordert und in ihrem 19. Bericht im Februar 2014 die Reduzierung der damit verbundenen analogen Verbreitungskosten verbindlich auferlegt. Das schließt auch den Weiterbetrieb einzelner Sender aus.

Die gleiche Situation trifft die Hörer des ebenfalls gebührenfinanzierten deutschlandweiten Senders „Deutschlandfunk“, der bisher saarlandweit auf Mittelwelle (1422 kHz) in guter Qualität zu empfangen ist. Wie soll nach Ansicht der Regierung dieses wegfallende Hörfunkangebot kompensiert werden?

Zu Frage 9:

Die Landesregierung sieht auch hier kein Informationsdefizit. Das Programm „Deutschlandfunk“ kann im Saarland über UKW in besserer Qualität empfangen werden als die Mittelwelle. Von den UKW-Sendern des Deutschlandfunks werden ca. 75 Prozent der Fläche des Saarlandes versorgt. Über Digitalradio, welches eine noch bessere Qualität bietet, erreicht das Programm „Deutschlandfunk“ heute sogar schon etwa 85 Prozent der Bevölkerung.

Im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 8 verwiesen.

Welche Chancen sieht die Landesregierung - ggf. in Zusammenarbeit mit dem Saarländischen Rundfunk - für einen Weiterbetrieb des Mittelwellensenders Heusweiler über den Jahreswechsel 2015/2016 hinweg, um die mit der Mittelwellen-Senderabschaltung vergleichsweise besonders einschneidend betroffene saarländische Bevölkerung zu verschonen?

Zu Frage 10:

Die Landesregierung weist drauf hin, dass die KEF den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der ARD und dem Deutschlandradio die Einstellung des Betriebs der Lang- und Mittelwellensender verbindlich auferlegt hat. Die Gründe für diese Entscheidung liegen in der abnehmenden Akzeptanz dieser Verbreitungswege und damit in der fehlenden Wirtschaftlichkeit dieser Verbreitungswege.

Im Übrigen verweist die Landesregierung auf die Antworten zu Frage 8 und zu Frage 9.